



Medienmitteilung, 12. Juni 2008

Schweizer Menschenrechtspolitik im Offside

Heute wird in Genf das erste Überprüfungsverfahren der Schweiz beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen abgeschlossen. Der Rat hat den von der Schweiz vorgelegten Bericht zur Menschenrechtssituation geprüft und Empfehlungen zu Verbesserungen abgegeben. Humanrights.ch/MERS hat die abschliessende Stellungnahme der Schweiz analysiert.

Humanrights.ch/MERS begrüsst, dass die Schweiz auf die Rückmeldungen anderer Mitgliederstaaten des Menschenrechtsrats eingegangen ist und mehrere konkrete Empfehlungen akzeptiert hat. Gleichzeitig hat das Prüfungsverfahren gezeigt, wie schwer es auch einem gefestigten Rechtsstaat fällt, sich im Dialog mit anderen Staaten mit der eigenen Menschenrechtssituation auseinanderzusetzen.

Besonders enttäuschend ist die unverbindliche Stellungnahme zur Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution. Es ist überfällig, dass in der föderalistischen Schweiz die integrale Umsetzung geltender Menschenrechtsverpflichtungen institutionell gestärkt wird. So darf sich die Schweiz einer Empfehlung zum Polizeiwesen nicht mit einem einfachen Hinweis auf ihre Zuständigkeitsordnung entziehen. Mit einem solchen Argument setzt die Schweiz ihre Glaubwürdigkeit in der internationalen Menschenrechtspolitik aufs Spiel.

Geradezu anachronistisch ist die Haltung des Bundesrats, den sozialen Menschenrechten die Einklagbarkeit abzuspochen. Die zeitgenössische Menschenrechtspraxis erkennt längstens, dass alle Menschenrechte, auch die sozialen, einen einklagbaren Teilgehalt haben. Für das Recht auf Hilfe in Notlagen ist dies ausdrücklich auch verfassungsrechtlich anerkannt.

In der zwiespältigen Bilanz ist erfreulich, dass sich die Schweiz dem Dialog im Menschenrechtsrat gestellt und einzelne Empfehlungen akzeptiert hat. Enttäuschend ist der fehlende Ehrgeiz, anerkannte Schwachstellen anzupacken. Menschenrechtspolitik endet nicht bei der Anklage von offenkundigen und schweren Menschenrechtsverletzungen im Ausland. Ebenso entscheidend ist das ständige Engagement für die Menschenrechtskultur im Inland. Für Humanrights.ch/MERS sind nicht nur die von der Schweiz akzeptierten, sondern auch die abgelehnten Empfehlungen ein willkommener Massstab zur Beurteilung der künftigen Schweizer Menschenrechtspolitik.

Wir haben die vom Bundesrat akzeptierten und abgelehnten Empfehlungen im Einzelnen analysiert. Die menschenrechtspolitische Analyse (6 S.) findet sich unter http://www.humanrights.ch/home/de/idart_5991-content.html?zur=79

Weitere Auskünfte: Alex Sutter, Tel. 031 302 01 61